

"Schwarze Löcher" der Tschetschenien-Krise?

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1995). "Schwarze Löcher" der Tschetschenien-Krise? (Aktuelle Analysen / BIOst, 23/1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45462>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

"Schwarze Löcher" der Tschetschenien-Krise?

Zusammenfassung

Trotz der umfangreichen Berichterstattung über die Tschetschenien-Krise sind längst nicht alle Etappen und Motive der Moskauer Interventionsentscheidung bekannt. Beunruhigend ist, daß viele Argumente der Moskauer Propaganda ungeprüft von ausländischen Kommentatoren übernommen werden. Es wird immer noch nicht ausreichend beachtet, daß Präsident Jelzin spätestens seit Herbst 1993 in erster Linie Verbündeter der höchsten Militär- und Sicherheitskreise ist, daß es aber darüber hinaus "keinerlei Mechanismus der zivilen Kontrolle über die militärischen Strukturen" (Starowojtowa) gibt. Entscheidungsprozesse werden nicht von den in der Verfassung vorgesehenen Organen und wohl nicht einmal nach Routine-Verfahren getroffen, vielmehr scheinen dafür bestimmte Personenkonstellationen und Interessengruppen zunehmend wichtiger zu werden.

Vorbemerkung

Zweifelloos hat es über die Tschetschenien-Krise eine Fülle von Informationen gegeben, die zu der verbreiteten Vorstellung geführt haben dürften, man sei über das Geschehen umfassend informiert. Welche übermittelten "Facts" können nun aber tatsächlich als gesichert gelten? Bei genauerem Hinsehen bleibt da nicht viel übrig. Es ist die Wahl Dudajews zum Präsidenten und die formale Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit der tschetschenischen Republik Itschkerija am 1. November 1991, dann die - folgenlose - Verhängung des Ausnahmezustandes über Tschetschenien durch Präsident Jelzin am 7. November

1991, die seit 1993 zunehmende Militanz einiger Gruppen in Tschetschenien, die "covert action" russischer Geheimdienste im Oktober/November 1994 (einschließlich Bombardierung von Grosnyj seit 26.11.), schließlich der Einmarsch am 10. Dezember 1994 und seine schlimmen Folgen für die Zivilbevölkerung Tschetscheniens. Dagegen ist über die Entwicklung in Tschetschenien in den Jahren 1991 bis 1994, über die Beziehungen zwischen der Moskauer Zentralregierung und Tschetschenien, über die Etappen der Moskauer Intervention sowie über den Entscheidungsprozeß, der zur Operation vom 10. Dezember geführt hat, wenig bekannt. Das gilt ebenso für die Bevölkerungsbewegungen in bzw. aus Tschetschenien sowie für die Zahl der Opfer auf beiden Seiten des Konflikts.

Zu den Entwicklungen in und um Tschetschenien 1991-1994

Nach Auffassung der gegenwärtigen Führung Tschetscheniens hat das Land zu keinem Zeitpunkt freiwillig zu Rußland bzw. zur Sowjetunion gehört. Die Tschetschenen haben in den Jahren zwischen 1944 und 1956 besonders hart unter der Deportation und sonstigen Verfolgungsmaßnahmen gelitten - Mitte der fünfziger Jahre waren sie, wie auch die Inguschen, regelrecht vom Aussterben bedroht.¹ Von daher ist es verständlich, daß sie 1991, mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion - und eingedenk des Appells Jelzins, sich so viel Souveränität wie verkraftbar erscheint zu nehmen - in besonders starkem Maße an der Errichtung eines eigenen, von Rußland unabhängigen Staates interessiert waren. Zahlreiche Hinweise sprechen dafür, daß staatliche und militärische Institutionen Rußlands anfänglich bereit waren, den Status Tschetscheniens zu tolerieren. Beispielsweise zieht der Militärexperte der "Moscow News", A. Shilin, aus Unterlagen über die im Frühjahr 1992 erfolgte Waffenübergabe an Dudajew den Schluß, daß "höhere russische Militärführer Dudajew damals nicht nur als Präsidenten der Republik Tschetschenien anerkannt haben, sondern sogar auf seine Bedingungen eingegangen sind."²

Wer die Lage Tschetscheniens 1991 und Ende 1994 bewerten bzw. vergleichen will, darf die sozioökonomischen Verhältnisse des Landes in sowjetischer Zeit nicht außer acht lassen. Hinsichtlich der meisten Indikatoren rangierte das Land im letzten Zehntel der Föderationssubjekte - das Industriepotential war extrem heruntergewirtschaftet worden (zwei Drittel der Anlagen waren hoffnungslos veraltet), Ökologie und Gesundheitszustand der Bevölkerung waren in einem beklagenswerten Zustand. Daß die Bevölkerung trotzdem einigermaßen zurecht kam, ist Aktivitäten im Bereich der Schattenwirtschaft (und sicher auch im kriminellen Sektor) zuzuschreiben, die von der Statistik nicht erfaßt wurden. Dudajew hat unmittelbar nach seiner Machtübernahme das System der sowjetischen Datenerfassung und Statistik konsequent abgeschafft. Sofern die Behörden in Grosnyj in der Folgezeit statistische Daten gesammelt haben, wurden diese nicht nach Moskau weitergeleitet - niemand ist also in der Lage, Produktions- und Lebensstandarddaten Tschetscheniens 1994 mit solchen früherer Jahre bzw. vor 1991 zu vergleichen.³

Durch die Ende 1991 von Präsident Jelzin verkündete Finanz- und Wirtschaftsblockade, die allerdings in der Zeit bis Sommer 1994 nicht konsequent durchgeführt worden ist, mußte Tschetschenien eine eigene Wirtschaftspolitik improvisieren. Dabei konnten zumindest 1992/93 durchaus beachtliche Erfolge erzielt werden, wie Berichte von Besuchern aus Tschetschenien belegen. Worauf diese relative Stabilisierung im wesentlichen zurückzuführen ist, kann nicht abschließend beantwortet werden. Zurückhaltung scheint auch angebracht, wenn es um die Einschätzung des Ausmaßes der Kriminalität in Tschetschenien und der von dort ausgehenden Gefahr für Rußland und das übrige Ausland geht. Wenn Präsident Jelzin auch diese Punkte in der Begründung seiner Interventionsentscheidung anführt, so muß er sich die Frage nach der Lage in diesen Bereichen in Rußland gefallen lassen.⁴

Es ist durchaus hilfreich, sich die Sichtweise Dudajews klarzumachen, zumal sie auch von Führern ande-

¹ V.N. Streleckij, Èeènja i èeèency: tno-istorièeskij fon, in: Rossija regionov. Bjulleten'. Spec. vypusk (Hg. von der Abteilung Regionalpolitik des Analytischen Zentrums beim Präsidenten Rußlands, von der Arbeitsgruppe für Regionalprobleme des Präsidentenrates sowie vom Fonds "Geocentr"), Moskau, Dezember 1994, S. 3.

² Moscow News, Nr. 3, 1995.

³ Rossija regionov, a.a.O., S. 1, 7. Novaja ežednevnojaja gazeta, 20.1.1994; Megapolis Express, No. 10-11, 1994, S. 19.

⁴ Literaturnaja gazeta (im folgenden als LG) Nr. 14, 1994, S. 14; Nr. 43, 1994, S. 1f.

rer Republiken geteilt wird. In einem Interview mit einer Moskauer Zeitung am 5. Dezember 1994 erklärte Dudajew: "Aber wer will einem solchen Rußland, wo heute jeder, der will, seine eigenen Machtstrukturen schafft, wo niemand die Situation kontrolliert, wo sich jeder hinter einem anderen versteckt und sich niemand der höchsten gesetzgeberischen Gewalt unterwirft ... beitreten?"¹ Das zunehmende Ansehen Dudajews, der sich durchaus erfolgreich zum Protagonisten der kaukasischen, islamisch dominierten kaukasischen Einheit (besonders im Rahmen der Konföderation der kaukasischen Bergvölker) entwickelte, sowie die Herstellung von Beziehungen zu einigen Ländern führten zu einer entsprechenden Schwächung der Position Moskaus im Kaukasus und beeinträchtigten Integrationsbemühungen im GUS-Bereich nach Moskauer Szenario.

Nach Darstellung der Führung in Grosnyj ist bereits seit Frühjahr 1993 von einer zunehmenden Konzentration russischer Truppen an der Grenze zu Tschetschenien auszugehen. Offenbar hat die Moskauer Führung spätestens seit Mitte 1993 versucht, die politische und sozioökonomische Lage in Tschetschenien zu destabilisieren. Im November 1993 erklärte Dudajew, daß Moskau verschiedene Organisationen und Einzelpersonen durch größere Geldzahlungen zu subversiven Aktionen in Tschetschenien veranlassen wollte. Einen Monat später drohte Jelzin während seines Besuchs in Wladikawkas, daß er bei weiteren Übergriffen auf Eisenbahnen im Nordkaukasus Truppen nach Tschetschenien entsenden werde.² Seit Anfang 1994 haben russische Medien wiederholt über "Hilfersuchen" bestimmter politischer Kräfte in Tschetschenien an die Adresse Moskaus berichtet, wobei besonders betont wurde, daß sich Oppositionsgruppen von der Idee der Unabhängigkeit Tschetscheniens losgesagt hätten.³

Bereits Mitte 1994 war dann von einer außerordentlichen Spannung zwischen beiden Staaten auszugehen. Von verschiedenen Seiten sind damals Vermittlungsversuche unternommen worden, so insbesondere vom Präsidenten Inguschetiens, Auschew. Die Organisation "Wajnach" der in Kasachstan lebenden Tschetschenen und Inguschen hat sich Ende Juli in einem Appell an Präsident Jelzin, an die Duma und den Föderationsrat gewandt: "Die imperialen Kräfte nutzen geschickt die sozioökonomischen und politischen Schwierigkeiten, die Gegensätze zwischen den Ethnien und Tajps. Besonders gefährlich und heimtückisch ist der Plan, das tschetschenische Problem mit Hilfe der Kosaken zu lösen." Ende Oktober 1994 richteten Vertreter der Ältestenräte der nordkaukasischen Völker an Jelzin einen Appell, einen "neuen Krieg im Kaukasus" zu verhindern, zumal dieser "zum Zerfall Rußland führen" könne. Es handelte sich dabei um Vertreter der Föderationssubjekte Rußlands Adygeja, Kabardino-Balkarija, Karatschajewo-Tscherkessija, Nordossetien und Daghestan sowie um Abchasien.⁴

Die russische Regierung hat auf solche Appelle und Vermittlungsversuche nicht reagiert. Sie hat sich zu diesem Zeitpunkt nicht auf Erklärungen beschränkt, daß sie "die verfassungsmäßige Ordnung und die Gesetzlichkeit" in Tschetschenien wieder herstellen wolle, vielmehr hat sie Anfang September mit Blockademaßnahmen begonnen. Mit der Durchführung dieser Aktion sollen S. Filatow, S. Schachraj und E. Pain beauftragt worden sein.⁵ Diese Information des Presseministeriums Tschetscheniens wurde von der Moskauer "Nesawisimaja gazeta" kommentarlos wiedergegeben. Merkwürdig ist dabei, daß Pain außerhalb der exekutiven Strukturen steht.

Die Moskauer Interventionsentscheidung (Dezember 1994)

Es ist bislang nicht eindeutig geklärt, wer wann und mit welcher Zielsetzung die Entscheidung für die Militäraktion gegen Tschetschenien getroffen hat. Klar dürfte sein, daß es nicht nur eine Entscheidung des Sicherheitsrates gewesen ist, vielmehr sind die Chefs der neuen Sicherheitsorgane in der Umgebung des Präsidenten, die Generäle A. Korshakow und M. Barsukow, in den Entscheidungsprozeß einbezogen

¹ Argumenty i fakty Nr. 49, 1994, S. 6. Diese Auffassung ist nach Darstellung des Vizepräsidenten von Inguschetien, General B. Agapov, für die Bevölkerung Tschetscheniens bis zum Herbst 1994 symptomatisch gewesen (Obščaja gazeta, Nr. 1, 1995).

² LG, Nr. 14, 1994, S. 14. Dudajews Erklärung, in: RFE/RL News Briefs, vol. 2, Nr. 48, November 1993, S. 6f.; der Hinweis auf Jelzins Drohung, in: NZZ, 31.3.1994.

³ Megapolis Express Nr. 8, 1994: Danach haben sich Vertreter des Provisorischen Rates bereits seit Anfang 1994 in Moskau aufgehalten und ihre Vorschläge Schachraj und Schumejko übergeben lassen. Dagegen behaupten Pain und A. Popov, der Provisorische Rat unter U. Avturchanov habe sich erst im August für die Rückkehr Tschetscheniens unter die Jurisdiktion der Russischen Föderation ausgesprochen (Rossijskie vesti, 8.9.1994).

⁴ Nezavisimaja gazeta (im folgenden als NG) vom 1.9.1994 und 2.2.1995 sowie Rossijskie vesti, 21.10.1994.

⁵ Rossijskaja gazeta, 2.8.1994; Rossijskie vesti, 28.9.1994; NG, 9.9.1994.

worden, möglicherweise sind sie sogar entscheidend gewesen. Die deutlichste Bewertung der Hintergründe des Entscheidungsprozesses stammt wohl aus der Feder des Moskauer Publizisten W. Wyshutowitsch: "Unter dem Pseudonym "Jelzin" sind die russischen Politik-Macher Lobow, Gratschow, Jerin, Stepaschin, Korshakow, Barsukow ... Der Präsident glaubt, daß Korshakow, Barsukow und andere, die zu ihm stehen und bewaffnet sind, die Garde bilden. Aber sie sind die Vorsteher." Die seit der Karabach-Krise bekannte demokratische Politikerin G. Starowojtowa hat für die Entwicklungen das "Fehlen jeglichen Mechanismus der zivilen Kontrolle über die militärischen Strukturen" verantwortlich gemacht. Aufgrund des "unklar formulierten politischen Willens" im Kontext der Tschetschenien-Krise befürchtete sie Ende Dezember sogar, daß "einfache Feldkommandeure ... eine immer größere Rolle spielen" werden.¹

Ob das eigentliche Ziel die Entmachtung Dudajews und die "Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung" in Tschetschenien gewesen ist, muß bezweifelt werden. Viel spricht für die Annahme, daß das Hauptziel derjenigen politischen Gruppe, die Initiator der Militäraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt war, die Festigung der eigenen Machtposition in Moskau bzw. die Ablenkung von statusbedrohenden Problemen unterschiedlicher Art waren. Sicher wird man auch einen Einschüchterungs- bzw. Abschreckungseffekt bei solchen Föderationssubjekten und GUS-Staaten erhofft haben, die sich Diktaten Moskaus widersetzen. Der Vorsitzende des Duma-Komitees für GUS-Angelegenheiten, K. Satulin, hat Anfang 1995 einen Zusammenhang zwischen dem Einmarsch in Tschetschenien und dem Vorankommen des Integrationsprozesses im GUS-Bereich hergestellt - aus seiner Sicht waren Voraussetzungen für neue Prioritäten der Außenpolitik Rußlands, konkret seine verstärkte Hinwendung zu Weißrußland, "die Tragödie in Tschetschenien sowie die Isolierung Rußlands in der internationalen Arena".²

Hilfreich für die Einschätzung der Positionen Moskauer Politiker im Zusammenhang mit der Tschetschenien-Krise ist eine Bewertung aus der Feder zweier Moskauer Publizisten: "Leider haben sich in Rußland keine Politiker gefunden, die fähig gewesen wären, eine überzeugende Position bezüglich der Tschetschenien-Krise klar und verständlich zu formulieren." Amtierende Politiker, aber auch die politische Elite auf zentraler und regionaler Ebene, haben sich - mit sehr wenigen Ausnahmen, wie N. Petrow in einem Ende Dezember 1994 veröffentlichten Überblick festgestellt hat - von der Interventionsentscheidung nicht distanziert: "Wer in staatlichen Strukturen beschäftigt ist, ist für das Vorgehen", wobei "elementare Moral und Sittlichkeit" auf der Strecke blieben.³ Tatsächlich können nur öffentliche Proteste und Rücktritte als authentische Bekundungen einer ablehnenden Haltung gegenüber der erfolgten Intervention gelten; in diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, wie wenige Politiker in Rußland die Ereignisse vom März und September/Oktober 1993 zum Anlaß eines solchen Schrittes genommen haben. Es ist daran zu erinnern, daß westliche Analytiker und Politiker seit den frühen siebziger Jahren nach unterschiedlichen Fraktionen in der sowjetischen Führung gesucht haben, ohne dabei die realen Macht- und Entscheidungsstrukturen ausreichend zu berücksichtigen.

Wenn sicher auch zutrifft, daß es 1994 in Moskauer Führungskreisen unterschiedliche Positionen über den Modus der Regelung der Tschetschenien-Krise gegeben hat, so scheint es problematisch, von "zwei Richtungen der russischen Tschetschenienpolitik" zu sprechen. Vergleicht man die Positionen und die politische Praxis der von E. Schneider vorgestellten "zwei Richtungen" (Schachraj auf der einen, Schumejko/Filatow auf der anderen Seite), so lassen sich keine prinzipiellen Unterschiede feststellen. Daß Schumejko keinen Vertrag vorsah, sollte nicht überbewertet werden, da die vorliegenden Verträge für Moskau unproblematisch waren (Verträge mit Tatarstan und anderen Republiken). Ob freilich der Verzicht auf Souveränitätsansprüche dieser Föderationssubjekte in den Verträgen realpolitische Bedeutung haben wird, bleibt abzuwarten. U. Halbach hat darauf hingewiesen, daß diese Politiker sämtlich auf die Opposition in Tschetschenien gesetzt haben und daß Schachraj Mitte 1994 der "Hauptfeind Dudajews" gewesen sei.⁴ Keiner der mit Tschetschenien befaßten Politiker war mehr zur Anerkennung der Unabhängigkeit Tschetscheniens bereit - die Durchführung der Aktion lag dann ohnehin in den Händen der

¹ Moscow News Nr. 52, 1994, S. 4; Moskovskie novosti (im folgenden als MN) Nr. 64, 1994. Indirekte Hinweise auf die Mitwirkung von Koržakov und Barsukov in einem Interview mit dem früheren ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Inlandsgeheimdienstes FSK, E. Savost'janov, in: Obščaja gazeta, Nr. 3, 1995, S. 9.

² LG, Nr. 5, 1995.

³ A. Bystrickij, D. Šušarin, Matè-revanš bol'sevikov, in: LG, Nr. 4, 1995. N.V. Petrov, Reakcija v regionach RF na sobytija v Èeèene, in: Rossija regionov, a.a.O., S. 22 (auch in: NG, 20.1.1995).

⁴ E. Schneider, Die Moskauer Entscheidung über den Tschetschenien-Krieg, Teil I, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 18, 1995, S. 1f.; U. Halbach, Rußlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien, Berichte des BIOst, Nr. 61, 1994, S. 9, 28-30.

"Machtministerien" (Streitkräfte, Innenministerium, Geheimdienste).

War bis November 1994 formal eine "zivile" Gruppe hoher Staatsbeamter unter Leitung des stellvertretenden Nationalitätenministers W. Michajlow mit der "Regulierung der Tschetschenien-Krise" befaßt, so soll der Sicherheitsrat am 29. November 1994 beschlossen haben, eine "militärische" Gruppe unter P. Gratschow mit dieser Aufgabe zu betrauen. Auf der Sitzung des Sicherheitsrates am 7. Dezember soll Jelzin dann Tschernomyrdin mit der Leitung von Verhandlungen über Tschetschenien beauftragt haben.¹ Zwei Ereignisse sind möglicherweise im Zusammenhang mit diesem Zeitpunkt zu sehen. Am 26. November 1994 trat in Abchasien eine Verfassung in Kraft, durch die sich die Republik als souveräner, von Georgien unabhängiger Staat konstituierte; dadurch wurde die Position Tschetscheniens deutlich gestärkt. Am 28. November 1994 verfaßten die Präsidenten und Gouverneure fast aller Republiken und Gebiete des Nordkaukasus einen Appell an Präsident Jelzin, in dem sie ihn zur Herstellung der Ordnung im Nordkaukasus aufforderten; lediglich die Führungen Dagestans und Inguschetiens haben das Papier nicht unterschrieben.² Einiges spricht dafür, daß die wesentliche Entscheidung über das Vorgehen bereits vor dem 29. November getroffen worden ist. Als eigentlicher Beginn des Einmarschs wird meist der 26. November bezeichnet. Der stellvertretende Verteidigungsminister B. Gromow hat sich an diesem Tag in einem Interview gegen die militärische Lösung der Tschetschenien-Krise ausgesprochen.³

Nach dieser Sitzung des Sicherheitsrates (29.11.1994) soll unter Leitung Gratschows eine Beratung mit den Leitungen des Innen- und Nationalitätenministeriums sowie der Geheimdienste stattgefunden haben, auf der Einzelheiten der Intervention besprochen worden seien - für den Fall des Scheiterns der mit Dudajew angestrebten Gespräche, bei denen es freilich um seine bedingungslose Unterwerfung gehen sollte. Tatsächlich ist es am 6. Dezember in Inguschetien zu einer Unterredung zwischen Gratschow, Jerin und Dudajew gekommen. In diesem Zusammenhang soll letzterer erklärt haben, daß "Militärs eher miteinander verhandeln können als Politiker", und daß er zu diesem Treffen "nicht als Präsident, sondern als General" gekommen sei, um "die letzte Chance zur Verhinderung des Krieges zu nutzen". Von gleichberechtigten Verhandlungen konnte freilich längst nicht mehr gesprochen werden; bezeichnenderweise verabschiedete die Regierung bereits am 9. Dezember einen Beschluß "Über unaufschiebbare Maßnahmen zur Wiederherstellung und zur Entwicklung der Wirtschaft und der sozialen Sphäre der Tschetschenischen Republik".⁴

Oft wird konstatiert, das Beispiel Tschetscheniens habe nicht zu einer Nachahmung durch andere Föderationssubjekte geführt, so daß die behauptete Gefahr des Abfalls weiterer Gebiete kein seriöses Kriterium für die Interventionsentscheidung gewesen sein könne. Hatte sich auch Präsident Jelzin im August 1994 in diesem Sinne geäußert, so lassen seine Ende 1994 vorgetragenen Begründungen eine geänderte Position erkennen. Tatsächlich sollte nicht unterschätzt werden, daß mehrere Föderationssubjekte seit 1993 rechtlich (in ihren Verfassungen, in Verordnungen der Präsidenten) oder praktisch für sich Souveränitätstitel beanspruchen, die in Moskau offenbar erhebliche Unruhe ausgelöst haben. Nicht in Vergessenheit geraten sollte auch das im April 1993 durchgeführte Referendum, an dem sich Tschetschenien überhaupt nicht beteiligt hat: die Republiken Tatarstan, Baschkortostan, Adygeja, Inguschetien, Kabardino-Balkarija und Dagestan entschieden sich mehrheitlich gegen Jelzin.⁵

Ende November erklärte der Präsident Tschuwaschiens, N. Fjodorow, unmißverständlich: "Im Fall der Kollision zwischen dem Prinzip der territorialen Ganzheit und der Möglichkeit der massenhaften Vernichtung von Menschen muß man (das Prinzip der) territorialen Ganzheit opfern." Aus der Sicht von N. Petrow haben im Dezember 1994 auf die Militäraktion die Führungen der Republiken Inguschetien, Dagestan, Tatarstan, Baschkortostan und Karelien sehr negativ reagiert, etwas abgeschwächt diejenigen

¹ NG, 7.12.1994; Rossijskaja gazeta, 11.1.1995.

² Über die neue Verfassung Abchasiens: V.V. Šorochov, Èeènja na politièskoj scene, in: Rossijskaja regionov, a.a.O., S. 13 (auch in: NG, 20.1.1995), über das "Hilfessuchen": Geochronologija konflikta 1991-1994, in: Rossijskaja regionov, a.a.O., S. 19.

³ Über den faktisch am 26.11. erfolgten Einmarsch, vgl.: Sobesednik, Nr. 1, 1995; das Gromov-Interview in: MN, Nr. 1, 1995, S. 1, 5.

⁴ Äußerungen Dudaevs nach: NG, 7.12.1994; die Regierungsverordnung in: Izvestija, 3.2.1995.

⁵ Jelzins Position im August 1994 erwähnt Schneider, a.a.O., S. 4. Über das Verhalten der Republiken im April 1993 vgl. Sobesednik, Nr. 3, 1995, S. 3, über ihre staatsrechtlich relevanten Aktivitäten in der Folgezeit: F.Ch. Muchametsin, Rossijskij federalizm: problemy formiraniija otnošenij novogo tipa (= überarbeitete Fassung eines Anfang September 1993 in Kasan gehaltenen Vortrages), in: Gosudarstvo i pravo, Nr. 3, 1994, S. 49-59. V.V. Pustogarov, Meždunarodnye svjazi sub-ektov Rossijskoj Federacii i ich pravovoe regulirovanie, in: Gosudarstvo i pravo Nr. 7, 1994, S. 131-138.

Jakutiens und Tuwas. Auch der Vizepräsident von Burjatien habe den Militäreinsatz ohne Zustimmung des Föderationsrates als Verfassungsbruch qualifiziert. Diese Haltung haben die Präsidenten von sieben Republiken bei einem Treffen in Tscheboksary am 5. Januar bekräftigt. Im Zusammenhang mit der Tschetschenien-Krise ist der Ukas Präsident Jelzins vom 18. Januar 1995 über die Durchsetzung des Prinzips des Vorrangs föderaler Gesetze gegenüber den Gesetzen der einzelnen Subjekte ein sehr deutlicher Schritt Jelzins gewesen, den Föderationssubjekten die Grenze ihrer Souveränitätsbemühungen aufzuzeigen. Dabei handelt es sich um die Reaktion Jelzins auf einen Ukas von N. Fjodorow, des Präsi-

ten Tschuwaschiens, über die Befreiung der aus Tschuwaschien stammenden Militärangehörigen von einer Teilnahme am Krieg in Tschetschenien.¹

Besondere Vorsicht war und ist geboten, wenn zur Erklärung politischer Entwicklungen bzw. Entscheidungen auf die Ergebnisse von Meinungsumfragen in Rußland hingewiesen wird. So versicherte E. Pain Mitte 1994, die "russische Öffentlichkeit (sei) zu einer gewaltsamen Konfliktlösung nicht bereit", laut Umfragen habe die "Mehrheit" Tschetschenien bereits abgeschrieben.² Zum Zeitpunkt der Intervention konstatierte U. Halbach, die "Bevölkerung (sei) mehrheitlich gegen den Krieg". Wenig später vermutete E. Schneider: "Jelzin wollte in Grosnyj ein Exempel statuieren und sich als entschlossener Führer erweisen, um wiedergewählt zu werden." Der scheinbare Widerspruch zwischen beiden Einschätzungen löst sich dann auf, wenn eine Äußerung des Fernsehchefs O. Popzow hinzugenommen wird. Er erklärte nämlich zwei Monate nach Beginn der Aktion, die Bevölkerung wäre dann für das Vorgehen gewesen, wenn die Aktion rasch durchgeführt worden wäre. Nach Darstellung des Duma-Abgeordneten Juschenkow habe der Sekretär des Sicherheitsrates O. Lobow am 29. November ihm gegenüber geäußert: "Das wird ein kleiner siegreicher Feldzug sein, der zur Steigerung des Rating des Präsidenten erforderlich ist."³ Tatsächlich scheint die Führung bei ihrer Entscheidung auch von den in der russischen Bevölkerung verbreiteten "antikaukasischen" Einstellungen und allgemein von zugenommener Fremdenfeindlichkeit ausgegangen zu sein. E. Pain hat im Dezember 1994 über solche Trends berichtet. Unter Hinweis auf Untersuchungen des VZIOM führte er aus, daß "russische Antipathie" in der russischen Bevölkerung seit den siebziger Jahren ständig zugenommen habe. 1990 habe diese Einstellung für 35 bis 40 Prozent der Bevölkerung und 1993 (vor allem gegenüber den Kaukasiern) für 48 bis 54 Prozent der Bevölkerung zugezogen.⁴

Bernd Knabe

¹ Über die Reaktion in den Republiken, vgl.: N.V. Petrov, a.a.O., S. 21; Treffen in Èeboksary erwähnt: Rossijskaja gazeta, 11.1.1995 (dazu: Monitor Rosyjski, Nr. 13, 3.2.1995).

² U. Halbach, a.a.O., S. 33.

³ U. Halbach, Jelzins Krieg im Kaukasus, Teil I, Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 1, 1995, S. 1, 4. E. Schneider, Die Moskauer Entscheidung ..., a.a.O., S. 1. Hinweis auf die Darlegung von O. Popcov, in: Schneider, Die Moskauer Entscheidung ..., a.a.O., S. 5. Die Lobov-Äußerung, in: Segodnja, 26.1.1995.

⁴ E.A. Pain, On the Inter-relation of Ethno-National and Regional Policy, Moscow 1994, Manuskript für die Internationale Konferenz "Regionalentwicklung in Rußland und die Erfahrungen der Länder West- und Osteuropas".